Frankfurter Allgemeine
04.09.2020 - Aktualisiert: 05.09.2020, 11:02 Uhr
https://www.faz.net/-gq5-a31w8

Ministerpräsident Löfven

„Schwedens Corona-Strategie war richtig“

Trotz der vielen Toten sieht Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven die Strategie seines Landes bestätigt. Noch habe man aber Corona nicht überwunden. Und er fordert von Russland, sich in Belarus herauszuhalten.

Von MATTHIAS WYSSUWA

© Matthias Lüdecke

Sieht sich bestätigt: Stefan Löfven

Herr Ministerpräsident, Sie haben Kanzlerin Merkel das erste Mal in Berlin besucht seit dem historischen EU-Gipfel in Brüssel im Juli – sind die Wunden der harten Verhandlungen schon geheilt?

Ich kann nicht sehen, dass die Verhandlungen Wunden geschlagen hätten. Wir hatten gute Gespräche mit Bundeskanzlerin Merkel oder dem französischen Präsidenten Macron schon vor dem Gipfel und auch währenddessen, es ging nicht etwa rauh zwischen uns zu. Auch bei den sicher schweren Verhandlungen konnten wir diesen guten Ton beibehalten. Wir haben klargemacht, was wir wollten, aber wussten auch alle, dass wir einen Kompromiss brauchen.

Haben diese Verhandlungen nicht gezeigt, dass es unabhängig von der Pandemie und dem Wiederaufbaufonds tiefe Gräben gibt zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen davon, was die EU sein soll?

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Ländern. Einige wollen mehr Zuständigkeiten an Gemeinschaftsinstitutionen abgeben, das möchten wir jedoch beispielsweise nicht. Aber wir haben einen gemeinsamen Vertrag und sind uns alle einig, dass wir nicht darüber diskutieren wollen. Wir müssen uns auf die Herausforderungen konzentrieren, die vor uns liegen. Ich habe gespürt am Verhandlungstisch, dass wir am Ende des Tages alle wollen, dass es klappt, dass alle die Notwendigkeit einer funktionierenden EU anerkennen.

Tut die EU genug mit Blick auf Russland?

Ich stimme mit der Kanzlerin überein, dass die EU erst mal sicherstellen muss, dass sie selbst stark ist. Deshalb müssen wir kooperieren, deshalb müssen wir unserer Wirtschaft helfen. Das ist die Grundlage für unsere gemeinsame Stärke. Und dann können wir mit Situationen wie der in der Ukraine umgehen, wo Russland das internationale Recht gebrochen hat. Wir müssen an der europäischen Sicherheitsordnung und dem internationalen Recht festhalten, und deshalb müssen wir auch die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten.

Hat sich Ihr Blick auf Moskau durch aktuelle Ereignisse wie die zugesagte Unterstützung für die Führung in Belarus oder die Vergiftung des Oppositionspolitikers Nawalnyj verändert?

Die Menschen in Belarus sind diejenigen, die über die Zukunft in Belarus zu entscheiden haben. Wir verstehen, dass Russland ein Interesse an der Entwicklung hat, aber Russland sollte sich nicht einmischen. Mit Blick auf Nawalnyj muss ich klar sagen: Das war ein Mordanschlag, und wir verurteilen das aufs schärfste. Es war ein Versuch, die Opposition in Russland zum Schweigen zu bringen. Da es auf russischem Gebiet passiert ist, ist es die Verantwortung der russischen Führung, den Vorfall aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Was sagt Angela Merkel zum Fall Nawalnyj?

Ist es nicht Zeit, noch einmal über den Bau von Nord Stream 2 zu sprechen, Schweden hatte 2018 seine Genehmigung erteilt?

Wir haben als Land alle Beschlüsse bezüglich der Genehmigungserteilung für Nord Stream 2 gefasst. Es ist uns sehr wichtig, dass internationales Recht respektiert wird.

Sind weitere Sanktionen denkbar?

In Brüssel haben Gespräche über die Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland begonnen. Wir wollen dieser Diskussion nicht vorgreifen. Das Wichtigste ist jetzt, dass es eine unabhängige und glaubwürdige Untersuchung gibt. Russland ist in der Pflicht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Vom Bundeskanzleramt aus hat man einen schönen Blick auf den Reichstag, auf dessen Treppen zuletzt viele Demonstranten waren, viele Tausende

protestierten in ganz Berlin. In Schweden gibt es keinen so heftigen Widerspruch zu Ihrem Corona-Kurs, keine solchen Demonstrationen. Warum?

Ich möchte keinen Vergleich zu der Situation in Deutschland ziehen, es gibt da so viele Unterschiede, von den Traditionen bis zur Gesetzgebung. Ich kann für Schweden aber sagen, dass wir einen Weg für uns finden mussten, der nachhaltig ist. Die zuständige Gesundheitsbehörde hat zudem eine starke Stellung in der schwedischen Gesellschaft. Wir haben verstanden, dass die Pandemie nicht in ein paar Monaten vorbei sein wird, wir befinden uns vielleicht in der Mitte. Für uns war es also wichtig, einen Weg zu finden, mit dem die Menschen eine lange Zeit leben können. Deshalb haben wir zum Beispiel auch die Schulen nicht geschlossen. Ich denke, das war die richtige Entscheidung.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gibt es in Schweden etwa fünfmal so viele Tote wie in Deutschland, viele Alte darunter, das ist doch ein Grund für Kritik?

Wir müssen unterscheiden zwischen dem grundsätzlichen Weg, den wir gewählt haben, und den vielen Opfern, die es leider in den Alten- und Pflegeheimen gab, was aber auf einen Mangel in unserem Wohlfahrtssystem hinweist. Wir haben ja nicht entschieden, unsere Alten zu gefährden, wir haben im Gegenteil gesagt, wir müssen sie beschützen. Wir haben daher jetzt eine Kommission eingerichtet, die genau untersuchen soll, was in den vergangenen Monaten passiert ist, was getan wurde und was nicht. Aber es ist noch zu früh, ein abschließendes Urteil zu fällen.

Aber Sie glauben, dass Schweden den richtigen Weg eingeschlagen hat?

Ja. Wir haben dazu gemahnt, Abstand zu halten, dazu, mit Symptomen zu Hause zu bleiben, oder gesagt, wenn man von zu Hause arbeiten kann, soll man es tun. Und wir haben die Schulen offen gelassen. Diese grundlegende Strategie war richtig. Und im Verlauf muss man die Details anpassen.

Ein Argument für den schwedischen Weg war, das öffentliche Leben so wenig wie möglich einzuschränken, um auch die Wirtschaft zu schützen. Nun ist die in Schweden mit gut acht Prozent im zweiten Quartal zwar nicht so stark eingebrochen wie in anderen Ländern, aber im Vergleich zu den Nachbarn im Norden steht sie kaum besser da. Ist das enttäuschend?

Nein, weil wir so nicht argumentiert haben. Wir haben diese Maßnahmen nicht ergriffen, um unsere Wirtschaft zu schützen, das war nicht unser Ziel.

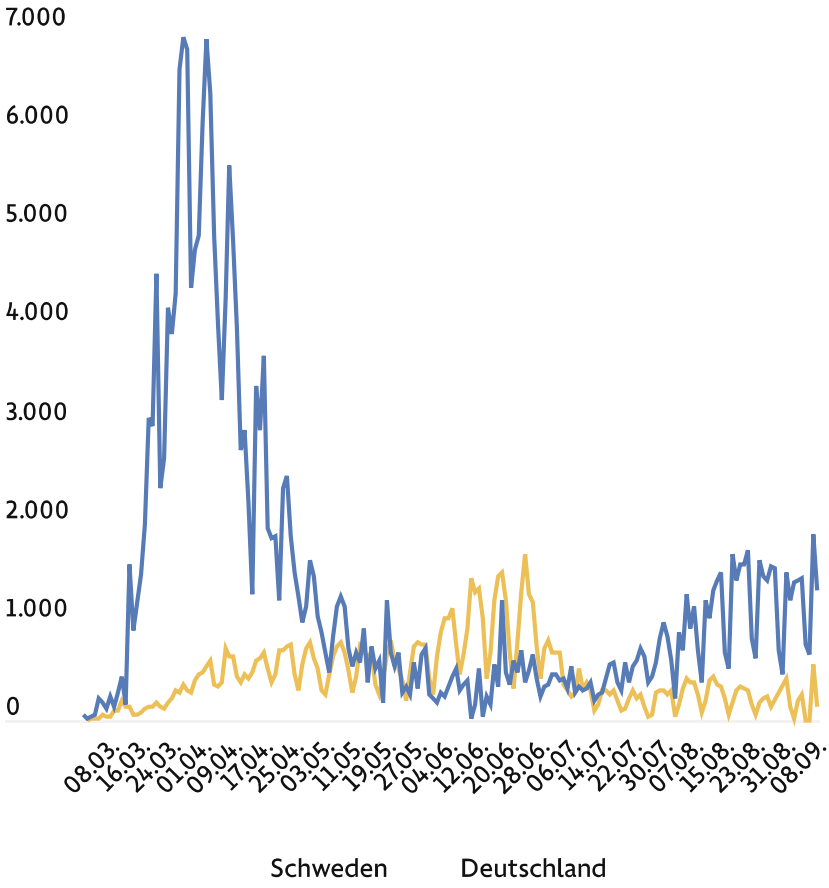
Bei den Äußerungen aus der Gesundheitsbehörde konnte man den Eindruck bekommen.

Wir sagten, das könnte ein Ergebnis der Maßnahmen sein. Aber wir haben nie gesagt, dass wir einen Weg wählen, der gefährlicher sein könnte, nur um unsere Wirtschaft zu schützen. Wir haben gesagt, wir möchten so viele wie möglich schützen, wir möchten sicherstellen, dass das Gesundheitssystem standhält, und Unternehmen und Angestellte vor dem Ruin bewahren. Und natürlich versuchen wir jetzt wie alle anderen, unserer Wirtschaft durch die Krise zu helfen.

Als Sie in Brüssel waren, konnten die Schweden Sie mit einem Mundschutz sehen, Schweden selbst gehört zu den wenigen Ländern, in denen es keine

Corona Neuinfektionen in Schweden und Deutschland

Pro Tag, Entwicklung seit 01.03.2020



Stand: 09.09.2020, 01:00 Uhr / Grafik: uen. / Quelle: Johns Hopkins CSSE

Glauben Sie an die Beteuerung, dass die gemeinsame Aufnahme von Schulden bei dem Wiederaufbaufonds eine einmalige Aktion bleibt, oder ist es doch der Weg in die Schuldenunion?

Das ist eine einmalige Aktion, darüber haben wir klar gesprochen. Manche sagen, wir hätten ein Tabu gebrochen. Da stimme ich nicht zu, das ist eine einmalige Sache, so etwas können wir nicht noch einmal machen. Die letzte Rate der Kredite ist 2058 fällig, ich glaube, das reicht als Antwort.

Sie haben sich als Teil der „sparsamen Vier“ mit den Niederlanden, Österreich und Dänemark im Ringen um den Wiederaufbaufonds Berlin und Paris entgegengestellt. Sind die „sparsamen Vier“ ein neuer Block in der EU?

Nein. Es war wichtig, zu kooperieren. Wenn Berlin und Paris zusammenarbeiten, ist das gut für Europa, aber wir brauchen auch andere Stimmen, um das auszubalancieren. Wir müssen sicherstellen, dass wir mitreden können. Es könnten aber andere Themen kommen, bei denen wir uns andere Partner suchen. Es ist also nicht unbedingt ein Block, und ich glaube, dass wir Blockbildung vermeiden sollten. Wir müssen mehr Wege finden, zu kooperieren.

Empfehlung zum Tragen gibt. Bleibt es dabei?

Das ist eine offene Frage, sagen die Experten. Es ist aber klar, dass die Maske allein nicht die Antwort sein kann. Natürlich sehnt man sich nach einfachen Antworten, aber wenn man sich nur eine Maske aufsetzt, ist nicht plötzlich alles gut. Man muss aufpassen, dass dann nicht andere Fehler passieren, man etwa die Distanz nicht mehr wahrt oder zu viele Menschen in einen Bus lässt. Das ist der wichtigste Punkt bei der Diskussion in der Gesundheitsbehörde: Man sollte aus dem Mundschutz nicht das zentrale Instrument machen. Er kann helfen, da gibt es kein Schwarz oder Weiß, wir brauchen aber viele Maßnahmen.

In den meisten Ländern steckt die Politik den Kurs ab und lässt sich beraten. In Schweden tut es die Gesundheitsbehörde, obwohl es in der Wissenschaft auch Kritik an den Entscheidungen gibt. Muss in so einer Krise nicht die Politik die Verantwortung übernehmen und die Entscheidungen endgültig treffen?

Das kann man so sehen. Man kann aber auch sagen, wenn man eine Behörde mit so einer Expertise hat und wir ihr die Verantwortung für so eine Situation zugewiesen haben, wäre es doch viel fragwürdiger, wenn sie von anderen Forschern kritisiert wird und wir dann als Politiker kommen und sagen, wir sind die besseren Experten und entscheiden das jetzt. Nein, wir vertrauen, und das ist eine der Säulen für das Funktionieren der schwedischen Gesellschaft, dass wir solche Behörden haben und ihnen vertrauen. Wir führen und begleiten sie als Regierung, wir haben viele Kabinettssitzungen dazu gehabt. Aber wenn es um die konkrete Entscheidung geht, um die Frage, welche Maßnahme die beste ist im Kampf gegen das Virus, dann vertraue ich der Behörde.

Ausbreitung der Lungenkrankheit weltweit

Anzahl bestätigter Infektionen und Todesfälle durch Covid-19

*) Täglicher Anstieg der Infektionszahlen im 5-Tage-Mittel, Länder mit mehr als 200 Fällen

Quelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2020
Alle Rechte vorbehalten.